



NEWSLETTER I/2010

NORD|SÜD *news*



Foto: © Kerstin Zillner

Unterwäsche-Multi Triumph International unter Druck

Gewerkschafterinnen aus Thailand und den Philippinen haben ihre Proteste gegen die Entlassung von 3600 Näherinnen nach Europa getragen. In Berlin demonstrierten sie vor Kaufhäusern, in der Schweiz suchten sie den Hauptsitz des Unterwäschekonzerns Triumph in Bad Zurzach auf. Bei der OECD-Kontaktstelle im Staatssekretariat für Wirtschaft in Bern legten sie im Dezember Beschwerde gegen den Konzern ein. Internationale Gewerkschaften und Kampagnen für gerechte Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie stehen auf ihrer Seite.

„Wir werfen Triumph vor, die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, verletzt zu haben“, sagt Christa Luginbühl, Koordinatorin der Clean Clothes Campaign (CCC) in der Schweiz. Vor den Massen-

entlassungen hätte es Konsultationen geben müssen über Gründe, Abläufe und einen Sozialplan, klagten die Gewerkschaftsdelegationen. Verhandlungen mit Entscheidungsträgern gab es aber nicht. „Unsere zentrale Forderung bleibt, dass das globale Triumph-Management mit den Gewerkschaftsvertreterinnen verhandelt“, betont Julia Thimm vom Inkota-Netzwerk in Berlin, einer von 20 Trägerorganisationen der Kampagne für Saubere Kleidung in Deutschland.

Triumph betrachtet die Entlassungen jedoch als regelkonform abgelaufen; die Regierungen in Bangkok und Manila bestätigten dies. Die Firma begrüße es, „in einem offenen Forum mögliche Missverständnisse, etwa im Hinblick auf das Einhalten von OECD-Richtlinien, aufklären zu können“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Unterwäsche-Multi Triumph International unter Druck S.1

Kommentiert

- | Wertloser Verhaltenskodex? S.2

Vorgestellt

- | Jittra Cotshadet, Veronika Stossun S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Simbabwe: Geschrumpfte Gewerkschaften S.4
- | Costa Rica: Die bittere Seite der Ananas S.5

Aus Projekten und Kampagnen

- | Staat soll fair einkaufen S.6
- | Bildung mit Beteiligung; Gewerkschafter für Haiti S.7

Notiert

- | Länderheft Türkei; Entwicklungsziele; Global Labour Kurs; Mehr schlechte Arbeit; Rechenfehler S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

Die Leitsätze der OECD beziehen sich explizit auf die Menschenrechte und die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Allerdings sind sie nur Empfehlungen und rechtlich nicht durchsetzbar. Da aber die Gesetze in beiden Ländern die Arbeiterinnen nur ungenügend schützen, hoffen sie auf einen Erfolg ihrer Beschwerde bei der OECD-Kontaktstelle. „Wir unterstützen die Näherinnen auf mehreren Ebenen: Bei ihrer Beschwerde, in der internationalen Textilarbeitervereinigung und in der ILO, bei der Vernetzung der betrieblichen Vertretungen sowie mit einem Solidaritätsbeitrag und Protestaktionen“, erläutert Corrado Pardini von der Schweizer Gewerkschaft Unia. Pardini erinnert an die Proteste gegen das Engagement von Triumph in Burma/Myanmar vor einigen Jahren. Plakate mit Büstenhaltern aus Stacheldraht führten vor Augen, dass dort unter Kinder- und Zwangsarbeit produziert wird. Der Konzern zog sich ein Jahr später aus dem Militärstaat zurück.

Im aktuellen Konflikt stehe ein Boykottaufruf noch nicht zur Debatte, sagt Pardini. Vorerst rufen Gewerkschaften und die Kampagne für Saubere Kleidung zum Kauf von „Protestunterhosen“ auf: Die Näherinnen in Thailand haben nach wochenlangen Protesten aus der Not eine Tugend gemacht und den Protest-Slip „Try Arm“ geschaffen. Vielen Entlassenen ist das Geld ausgegangen; sie haben die Wohnung verloren oder können das Schulgeld für die Kinder nicht zahlen. Auf den Philippinen sei die Lage prekär, weiß Luginbühl. Die Gewerkschafterinnen haben das Arbeitsministerium um Unterstützung durch ein Sozialprogramm gebeten. In Manila hatten im Sommer 2009 mehr als 1600 Triumph-Näherinnen protestiert, als die Schließung der Fabriken Triumph International Philippines und Star Performance bekannt geworden war. Sie verbündeten sich in der Folge mit Gewerkschafterinnen in Thailand und demonstrierten vor der Schweizer Botschaft in Bangkok. Dass Triumph auf den Philippinen schließt und seine Aktivitäten in Thailand einschränkt, begründet die Firma mit globalen Restrukturierungsplänen und Rezession. Doch am Tag der Entlassungen schrieb sie in einem Bericht, „besonders die asiatischen Tochtergesellschaften haben sich zufriedenstellend entwickelt“. Wie die Schweizer Gewerkschaftszeitung „work“ recherchierte, betrug das Minus zum Vorjahr nur 4,2 Prozent. Den thailändischen und philippinischen Gewerkschaften zufolge plant Triumph die Verlagerung der Produktion in die Billiglohnländer Vietnam und China.

Viera Malach



Die Autorin ist Journalistin bei der Agentur InfoSüd in Bern



Weitere Informationen: www.saubere-kleidung.de

Wertloser Verhaltenskodex?

Bis heute fehlt es auf internationaler Ebene an einer politischen und sozialen Einbettung der Wirtschaftsglobalisierung. Das Grundproblem ist, dass Unternehmen ihre soziale Verantwortung nur akzeptieren, solange sie auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht.

Deshalb fordern die deutschen Gewerkschaften ein verbindliches internationales Regelwerk zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards bei der Globalisierung. Solange dieses verbindliche Regelwerk (mit Sanktionen) auf zwischenstaatlicher Ebene fehlt, ist die IG Metall bereit, pragmatische Wege mit denjenigen Unternehmen zu gehen, die Willens sind, sowohl im Inland als auch im Ausland Transparenz und Rechenschaft über die sozialen und ökologischen Folgen ihres Handelns abzulegen. Internationale Rahmenabkommen können einen funktionalen Beitrag zur Sicherung von Mindeststandards für Arbeitsbedingungen an allen Standorten der Unternehmen leisten. Allerdings: Freiwillige Vereinbarungen können staatliche Regeln nur ergänzen, niemals ersetzen.



Foto: © privat

Christiane Wilke

Triumph hat am 12. Dezember 2001 nach dem Rückzug aus der Militärdiktatur Myanmar mit dem Europäischen Betriebsrat von Triumph International einen „freiwilligen“ Verhaltenskodex vereinbart. Eurobetriebsrat, Europäische Gewerkschaftsvertreter und Geschäftsleitung sollen danach einen Ausschuss zur Überwachung seiner Bestimmungen bilden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen in Thailand und auf den Philippinen muss man allerdings fragen:

Wann wird dieses Monitoring-Committee endlich ins Leben gerufen? Die IG Metall hat die Internationale Textil-Bekleidungs-Ledarbeitervereinigung (ITBLAV) vor Langem beauftragt, Klärung in den Fall Triumph Philippinen und Thailand zu bringen. Der im November 2009 viel zu früh verstorbene Generalsekretär Neil Kearney war vor Ort. Zum 10. Weltkongress der ITBLAV im Dezember 2009 in Frankfurt am Main hat die IG Metall Kolleginnen und Kollegen aus Thailand und den Philippinen eingeladen. Dort wurden nicht nur die akuten Vorfälle einer breiten Öffentlichkeit präsentiert, sondern auch direkte Gespräche mit Betriebsratsvertretern von Triumph geführt. Parallel dazu ist das Management von Triumph angesprochen worden, Position zu beziehen und endlich befriedigende Auskünfte zu erteilen. Anfang Februar hat es nun dem neu gewählten Generalsekretär der ITBLAV, Patrick Itschert, ein Treffen angeboten. Dieser Schritt ist mehr als überfällig. Man wird sehen, ob von Seiten des Managements weiterhin nur Zeit gewonnen werden soll, oder ob es nun wirklich darum geht, die Vorgänge in Thailand und den Philippinen adäquat zu behandeln. Davon hängt es ab, wie sich die ITBLAV bei der Schweizer OECD Kontaktstelle zwecks Unterstützung der Beschwerde der Thailand Labour Union beteiligen wird. Und nicht nur nebenbei bemerkt: auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Belastbarkeit des Triumph Code of Conduct wird eine Antwort finden müssen.

Christiane Wilke /Klaus Priegnitz



Autor und Autorin gehören zum Fachbereich Internationales beim Vorstand der IG Metall



Klaus Priegnitz

Foto: © IG Metall



Jittra Cotshadet

Wer den König nicht liebt

46 Tage haben die Kolleginnen gestreikt, als Jittra Cotshadet im Juli 2008 gefeuert wurde. Ihre Augen, die sonst schmal fokussiert sind wie die eines Tigers, werden weich, wenn sie davon erzählt. Es hat ihr gut getan zu spüren, dass so viele hinter ihr stehen. Jittra Cotshadet, 37, hat 16 Jahre bei Body Fashion Thailand, einer Tochter des Schweizer Dessous-Herstellers Triumph, gearbeitet. Fast genauso lange ist sie in der Gewerkschaft Triumph International Thailand Labour Union. Sie hatte schon früh erlebt, wie brutal manche Vorarbeiter mit den Frauen umgingen. Sie engagierte sich, wurde Geschäftsführerin, dann Vorsitzende. Seit 1999 gibt es im Betrieb einen Tarifvertrag und Mitsprache-Rechte. Jittra ist überzeugt, dass es diese Siege waren, die sie den Job gekostet haben. Die Triumph-Tochter wolle keine starke Gewerkschaft, meint sie. Das zeigen die jüngsten Entlassungen. Das Unternehmen sagt, sie sei politisch nicht tragbar gewesen. Jittra hatte in einer Fernseh-Show ein T-Shirt getragen, auf dem stand: „Anders denken ist kein Verbrechen“. Das war ihre Solidarität mit Oppositionellen, die zum Klang der

Nationalhymne nicht aufgestanden und deshalb verhaftet worden waren. Ihr Arbeitgeber feuerte sie. Ein Gericht bestätigte: Jittra habe keinen Nationalstolz und dem Ansehen des Unternehmens geschadet. Ein deutscher Manager brachte zu einer Versammlung sogar ein Plakat mit: „Wir wollen hier keine Leute, die den König nicht lieben“. Doch ihre Kolleginnen wollen sie noch. Jittra hat einen scharfen Verstand und ein gutes Gedächtnis. Sie kann jede Etappe des Arbeitskampfes vom vergangenen Jahr beschreiben. Wie eines Morgens früh um zwei das Unternehmen per SMS die Arbeiterinnen für den selben Tag zu einer Versammlung beorderte. Wie knapp 300 Männer in schwarzen Uniformen sie durchsuchten. Wie der Betrieb dann Umschläge mit Kündigungen verteilte, zweitausend Mal. 13 der 17 Mitglieder des Gewerkschaftskomitees wurden entlassen, auch fast alle, die sich beim Streik für Jittra engagiert hatten. Warum? Triumph nennt die Wirtschaftskrise als Grund. Jittra sieht das anders. Body Fashion Thailand baue neue Fabriken. Dort werde dann ohne starke Gewerkschaft produziert.



Foto: © Kerstin Zillmer

Jittra Cotshadet

Im Kampf sind ihr schon graue Haare gewachsen. Aber sie macht weiter. Es geht ihr um Grundsätzliches: das Recht auf Arbeit.

Cornelia Gerlach

 Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

Veronika Stossun

Kolleginnen enttäuscht

„Do gehörsch nei!“ Veronika Stossun hat den Rat ihrer Mutter befolgt. Als sie mit 14 Jahren beim Unterbekleidungsproduzenten Triumph in Aalen zu arbeiten anfang, trat sie gleich in die Gewerkschaft ein. Aus Oberschlesien stammend, war die Mutter als Flüchtling in einem schwäbischen Dorf hängen geblieben. Ein „Dach über dem Kopf“ und „Geld verdienen“ lautete ihr Kredo. Für eine gute Schulausbildung der Tochter fehlte das Geld.

In der Gewerkschaft Textil und Bekleidung „habe ich Blut geleckt“, erinnert sie sich. Sie wurde ihre Heimat, ihr Gymnasium, ihre Universität. Und ihre Kampfarena für Gerechtigkeit. Veronika Stossun war Jugendvertreterin, wurde in den Betriebsrat gewählt und übernahm 1990 dessen Vorsitz. Zwei Jahre zuvor hatte sie den Sprung in den Aufsichtsrat gemacht. 2004 wurde sie Vorsitzende des europäischen Betriebsrats von Triumph; inzwischen hatte sich die Textilgewerkschaft mit der IG Metall vereint. In dieser Funktion trifft sie einmal im Jahr Vertreter aus Ländern, in denen Triumph Nieder-

lassungen hat. „Von Beginn an war das eine ziemlich zähe Geschichte“, resümiert die 60-Jährige: verschiedene Sprachen, Mentalitäten und Entsendemodalitäten. So seien anfangs aus Italien nur hauptamtliche Gewerkschafter in den Europa-Betriebsrat gekommen, von Jahr zu Jahr andere. „Vertrauen schaffen“ und „Kontinuität gewährleisten“ waren ihre ersten Ziele. Außerdem sei es darum gegangen, eine gemeinsame Verständigungsebene zu schaffen. Schnell hatte sich herausgestellt, dass Begriffe wie „Betriebsratsvorsitzender“ anderswo eine andere Bedeutung haben. Diese Anfangsschwierigkeiten seien überwunden, sagt Veronika Stossun. Trotzdem sieht sie ähnliche Probleme auf weltweiter Ebene. Wenn Triumph-Mitarbeiterinnen in Thailand oder auf den Philippinen um ihre Arbeitsplätze kämpften, so seien die Hintergründe auch für sie als Gewerkschafterin nicht immer klar. Sie könne sich vorstellen, dass die Triumph-Kolleginnen aus Asien „sehr enttäuscht sind“ über die geringen Einwirkungsmöglichkeiten der hiesigen Gremien. Sie selbst tut es dennoch der Mutter nach: Ihren eigenen



Foto: © Joachim E. Rüttgers

Veronika Stossun

Sohn hat sie schon zur Gewerkschaft gebracht. Ihre vier Enkel wird sie auch dorthin führen.

Thomas Kinzel

 Der Autor ist freier Journalist in Stuttgart



Geschrumpfte Gewerkschaften

Simbawwes öffentlich Bedienstete haben Anfang Februar einen unbefristeten Streik ausgerufen. Ihre Frustrationen rühren von einem Jahrzehnt des ökonomischen Niedergangs und politischen Verfalls.

Die Staatsangestellten forderten einen Mindestlohn von 630 US-Dollar, als die Lohnverhandlungen zu Jahresbeginn eröffnet wurden. Sie verdienen durchschnittlich 120 Dollar im Monat am unteren Ende der Lohnskala und 185 Dollar auf der Leitungsebene. Doch die Regierung bot nur eine magere Erhöhung zwischen zwei und 21 Dollar an. Ein Drittel ihres Budgets hängt noch immer an Unterstützung von außen.

zum Überleben. Der Simbabweische Gewerkschaftsbund ZCTU will Löhne und Gehälter an das Produktionsniveau koppeln. Sein Präsident Lovemore Matombo argumentiert: „Arbeitgeber verstecken sich hinter der Unterkapitalisierung wegen der globalen Rezession. Doch es stimmt nicht, dass Unternehmen nichts verdienen. Sogar die Medien haben berichtet, dass unsere Industrie ihre Kapazitätsauslastung von zehn auf 40 Prozent gesteigert hat“. Matombo spricht von hohen Erwartungen der Arbeiterinnen und Arbeiter an den Politikwechsel vor einem Jahr. Anfang 2009 war der ehemalige Gewerkschaftsführer Morgan Tsvangirai Premierminister in der Regierung der nationalen Einheit geworden.



Foto: © Privilege Musvanhiri

Gewerkschaftskundgebungen in Harare sind wieder möglich.



Foto: © Privilege Musvanhiri

Arbeiter zeigt Simbawwes Tageszeitung „The Herald“ in Protest gegen die Überschrift vom angeblichen „pay deal“ der Regierung.

Die 40-jährige Charity Muza, Statistikerin im zentralen Statistikamt und Mutter von vier Kindern, rechnet es vor: „Das Leben ist hart, ich verdiene schäbige 160 Dollar, die reichen nicht für meine monatlichen Ausgaben. 120 Dollar zahle ich für die Miete, weitere 50 Dollar für Verbrauchskosten, 60 Dollar für Lebensmittel und 40 Dollar für Transport, neben anderen Ausgaben. Um durch den Monat zu kommen, muss ich Nebenjobs machen.“

Muza ist ein Beispiel von insgesamt 236.000 Staatsbediensteten. Nach den Forschungsergebnissen des Verbraucherrats von Simbabwe im Januar braucht eine sechsköpfige Familie einen Warenkorb im Wert von 502,54 Dollar im Monat

Nach einer Dekade politischer Unruhe zwischen seiner Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) und der Regierungspartei von Präsident Robert Mugabe wird von der Einheitsregierung nun Frieden und Wohlstand erhofft. Der Konflikt hatte die Gewerkschaften belastet; Arbeiter konnten nicht mehr offen gegen Ungerechtigkeit protestieren. Er führte auch zu Spaltungen unter den Gewerkschaften gemäß den politischen Lagern. „Das politische Umfeld der letzten zehn Jahre hat sich negativ auf Investitionen und Beschäftigung ausgewirkt“, urteilt Matombo. „Das Image des Landes hat schwer gelitten, das hatte eine Menge Armut und Arbeitslosigkeit zur Folge“. Der Gewerkschaftsbund schätzt, dass nur noch

sieben Prozent der Werk-tätigen in Simbabwe eine formale Anstellung hat, die Mehrheit gehört zum informellen Sektor. „Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist geschrumpft. Wir haben jetzt begonnen, uns zu reorganisieren. Von 650.000 Mitgliedern haben wir fast 350.000 verloren“, rechnet Matombo vor. „Wir rufen die Regierung dazu auf, die Situation durch einen Mindestlohn per Rechtsverordnung zu normalisieren“. Der Gewerkschaftspräsident ist enttäuscht, wie wenig sich seit Amtsantritt der Einheitsregierung geändert hat: „Ende letzten Jahres noch wurden wir nur wegen eines Treffen an den Viktoriafällen festgenommen. Bei der Astbestmine in Shabanie wurde sogar auf Arbeiter geschossen. Die Arbeitsministerin können wir für alles Mögliche einspannen, doch sie kann nichts tun. Die Feindseligkeit zwischen den beiden wichtigsten politischen Parteien in Simbabwe, ZANU PF und MDC, gerät den Arbeitern zum Nachteil“.

Ein Funken Hoffnung scheint von der erfolgreichen Versammlung von mehr als 2.000 Arbeiterinnen und Arbeitern in Harare am 5. Februar zu kommen. Es war die erste Kundgebung seit 1996, als ein nationaler Streik das Land lahm gelegt hatte. Der Generalsekretär der Progressiven Lehrgewerkschaft (PTUZ), Raymond Majongwe, machte den Versammelten Mut: „Dass wir öffentliche Versammlungen jetzt wieder organisieren können, ist eine positive Entwicklung: In den vergangenen zehn Jahren habe ich viele Tage und Wochen in Haft verbracht, weil ich meine Meinung über die Rechte der Arbeiter ausgedrückt hatte. Aber die Dinge haben sich verändert. Im Jahre 2009 saß ich kein einziges Mal in Haft“.

Privilege Musvanhiri

Der Autor ist freier Journalist in Harare, Simbabwe.



Die bittere Seite der Ananas

Costa Rica ist zum wichtigsten Exporteur von Ananas geworden. Ein Erfolg, der auf dem Rücken der Arbeiter erwirtschaftet wurde: Ihnen werden zentrale Arbeitsrechte vorenthalten.

Links und rechts vom Anhänger stehen die Arbeiter aufgereiht wie an einer Perlenkette und lassen die ovalen Früchte mit der stacheligen Krone durch ihre Reihe wandern. Im Anhänger hocken zwei Kollegen, die Ananas für Ananas in Empfang nehmen und vorsichtig aufstapeln. Dicke Handschuhe und langärmelige T-Shirts tragen die Männer, um sich vor den spitzen und scharfen Blättern der Pflanze zu schützen. Die Baseballkappe und das Tuch im Nacken bieten ein wenig Schutz vor der gleißenden Sonne, die hoch am Himmel steht. Zügig arbeiten die Pflücker, bis das Feld abgeerntet ist und der Traktor mit der frischen Ware zur Halle fährt. Für die Männer, von denen viele aus Nicaragua stammen, Zeit für eine kurze Rast, bevor es zum nächsten Feld geht. Mit 800 Hektar zählt die Piñera Caribe zu den kleineren Plantagen in der Umgebung von Guácimo, einer Provinzstadt auf halber Strecke zwischen Costa Ricas Hauptstadt San José und dem Karibikhafen Limón.

„Guácimo ist Costa Ricas Ananas-Hauptstadt“, erklärt der Gewerkschafter Carlos Arguedas Mora. Die Anbauflächen und die Exporteinnahmen wurden in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt, so der nationale Verband der Ananasproduzenten (Canapep). Das hat Folgen: Immer wieder klagen Rinderfarmer über die Attacken von Stechfliegen auf ihr Vieh. „Zudem laufen derzeit mehrere Prozesse wegen der Verseuchung von Flüssen und Grundwasser durch Pestizide“, so Arguedas, der im Umweltkomitee von Guácimo mitarbeitet. Das macht seit Jahren auf die Kehrseite der hemmungslosen Ausdehnung der Plantagen aufmerksam, zum Beispiel die Wasserknappheit und die Erosion der Böden. Phänomene, die Plantagen-



Rast vor dem Aufbruch zum nächsten Feld: Ananaserte ist harte Arbeit.

managern wie Marvin Álvarez von der Piñera Caribe durchaus bewusst sind. „Wir haben eine Baumschule, forsten Flächen wieder auf und gehen gegen die Stechfliegen vor, indem wir die Felder nach der Ernte umpflügen“ erklärt er. Sein Unternehmen lässt auch mal Besucher spontan auf die Plantage. Das ist ungewöhnlich in Costa Rica, denn die Arbeitsbedingungen auf den großen Bananen- und Ananasplantagen haben mehrfach für negative Schlagzeilen gesorgt. Mindestens elf Stunden stehen Männer wie Marvin Bas Pérez und Felipe Andrias Salvararo täglich auf dem Feld. Morgens um fünf Uhr beginnt die Schicht. Viele der Männer aus der Kolonne klagen über Hautausschläge, Allergien und heftige Sonnenbrände. „Dagegen können wir uns kaum schützen“, klagt Marvin. Etwas mehr als den Mindestlohn von umgerechnet neun US-Dollar verdient er am Tag. Auf der Piñera Caribe wird etwas besser gezahlt als bei der Konkurrenz, wo der Mindestlohn teilweise unterschritten wird. Für die rund 500 Arbeiter stehen ein Arzt und zwei Krankenschwestern zur Verfügung. Doch eine Gewerkschaftsvertretung hat auch die Musterfarm nicht zu bieten. „Wer

sich organisiert, wird entlassen, lautet die inoffizielle Faustregel“, sagt Carlos Arguedas. Gegen den 62-jährigen laufen wegen derart deutlicher Sätze gleich mehrere Verleumdungsklagen von Seiten der Unternehmer. Gleichwohl haben erst-

mals Pflücker aus Nicaragua und Honduras Anstalten gemacht, ihre Arbeitsrechte durchzusetzen und die Gewerkschaft der immigrierten Ananasarbeiter (Sintrapifrut) gegründet. Achtzig Mitglieder zählt die Gewerkschaft bisher, und es muss sich zeigen, ob sie auf den Plantagen, wo rund 25.000 Menschen schuften, Fuß fassen kann. Arguedas hofft dabei auf Unterstützung durch kritische Konsumenten aus Übersee. Sie sollen die Großen der Branche wie Del Monte, Dole oder



Jede Ananas wird penibel in Augenschein genommen.

Chiquita in die Pflicht nehmen. „Doch das geht nur über den Einzelhandel“, erläutert Marita Wiggerthale von der Entwicklungsorganisation Oxfam. In Deutschland kontrollieren fünf Einzelhandelsketten 70 Prozent des Marktes und nutzen die Einkaufsmacht, um die Preise zu drücken. Solange sich daran nichts ändert, rät Wiggerthale Verbrauchern zur Ananas aus Bio- oder Fair Trade-Anbau.

Knut Henkel

Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.

Link zur Oxfamstudie:
www.oxfam.de/download/endstation_ladentheke.pdf



Auf langen Bändern werden die Früchte sortiert, in Kartons verpackt und dann nach Europa und die USA versandt.



Staat soll fair einkaufen

Soziale und ökologische Standards dürfen seit 2009 ausdrücklich zum Kriterium bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand gemacht werden. Das könnte zur Durchsetzung von Arbeitsrechten in der Welt beitragen.

Der neue Absatz in den Vergaberichtlinien ist eine Anpassung an europäisches Recht. Bei der Ausführung von Aufträgen „können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen“, heißt es darin. Das sichert öffentliche Institutionen rechtlich ab, die sich in ihrer Beschaffungspolitik als sozial verantwortlich erweisen wollen. Maßstab dieser Verantwortlichkeit sind die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Kinder- und Zwangsarbeit verbieten und Vereinigungsfreiheit verlangen.

Nichtregierungsorganisationen haben solch ethisches Verhalten bei der Beschaffung durch Staat und Städte seit langem gefordert. 40 von ihnen, darunter auch Gewerkschaften und entwicklungspolitische Gruppen, sind im Netzwerk für Unternehmensverantwortung „CorA“ zusammengeschlossen. Ihnen ist die Kann-Bestimmung der neuen Regelung eigentlich zu weich; sie hätten Verbindliches vorgezogen. Um die Umsetzung zu beschleunigen, verlangen sie von der Bundes-

regierung einen Aktionsplan für eine verantwortliche öffentliche Beschaffung und die Einrichtung einer zentralen Servicestelle. Das hätte CorA ihr gern in den Koalitionsvertrag geschrieben. „Aber in der neuen Regierung gibt es Vertreter, die soziale und ökologische Kriterien für vergabefremd halten und das Gesetz noch einmal überprüfen wollen“, weiß Uwe Wötzel, der für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bei CorA mitarbeitet. „Wir müssen den politischen Druck erhöhen, damit die Bundesregierung aktiv wird. Allerdings haben einzelne Ministerien mit der praktischen Anwendung schon begonnen“.

Das Problem bei der Anwendung ist die Kontrolle vor allem dann, wenn Produkte in anderen Ländern und mit vielen Unterauftragnehmern hergestellt werden. Der deutsche Städtetag hat deshalb in Zusammenarbeit mit den Bundesministerien für Arbeit und Soziales (BMAS) und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im September 2009 Hinweise für die kommunale Praxis herausgegeben. Unter dem Titel „Die Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht“ werden die rechtlichen Grundlagen und die Vorbereitung von Vertragsunterlagen und Vergabeverfahren im Einzelnen erläutert und mit Fallbeispielen illustriert. Ein Exkurs über Zertifizierungen und Labels zeigt Auswege aus der Überprüfungsfrage. Im Januar 2010 wurde dieser Leitfaden auf den neuesten Stand gebracht. Mehr

als hundert Kommunen haben sich bereits auf den Einkauf von Produkten verpflichtet, an deren Herstellung keine Kinder beteiligt waren. Die Stadt Dortmund, beraten von der Kampagne für Saubere Kleidung, hat ihre Mitarbeiterinnen im Betriebsrestaurant mit fair gehandelter Berufskleidung ausgestattet. Ebenfalls Ende 2009 hat die Stadt Bremen ein neues Vergabegesetz verabschiedet, in dem soziale und ökologische Kriterien für den öffentlichen Einkauf festgeschrieben sind. Damit das klappt, will die Stadt die Nachfrage aller Dienststellen bündeln: „So können wir bessere Einkaufskonditionen erzielen und die Märkte für ökologische Produkte ankurbeln“, sagt die Bremer Bürgermeisterin Karoline Linnert. „Positiv angefallen sind Schulungen für Verwaltungsmitarbeiterinnen, die für die Beschaffung zuständig sind.“ Dabei arbeitet die Stadt mit dem Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk zusammen.

Und die Gewerkschaften? „Der ver.di-Bundeskongress hat 2007 einen Beschluss zu sozialen und ökologischen Fragen in der Beschaffung gefasst“, sagt Gabriele Heins, die den Organisationservice bei der ver.di-Bundesverwaltung leitet. „Unser wichtigstes soziales Kriterium ist die Tarifpartnerschaft und damit verbunden die Tariftreue und die Einhaltung eines Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro brutto. Wenn es um die ILO-Kernarbeitsnormen geht, haben auch wir kaum die Instrumente, um deren Einhaltung in der gesamten Lieferkette selbständig überprüfen zu können, so dass wir hier auf andere Quellen, zum Beispiel die Presse, angewiesen sind“.

Sigrid Thomsen



Weitere Informationen: www.cora-netz.de

Foto: © Nagesh Singh, Chhikara/terre des hommes



In indischen Steinbrüchen werden Kinder ausgebeutet. Viele Kommunen wollen solche Steine nicht mehr kaufen und achten auf Zertifikate für Produkte ohne Kinderarbeit.



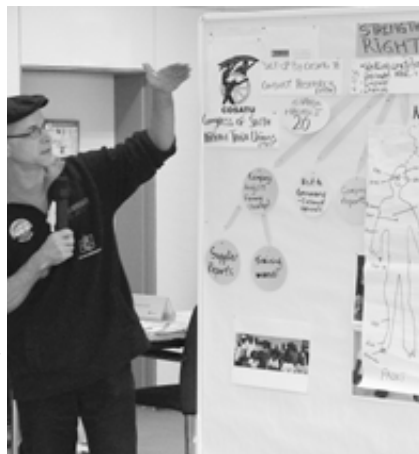
Bildung mit Beteiligung

Jugendliche gewinnen, Selbständige organisieren, kreative Methoden entwickeln: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit steht in der ganzen Welt vor den gleichen Herausforderungen.

Wie viel sie verbindet, fanden Gewerkschaftsvertreter und Mitarbeiter gewerkschaftsnaher Forschungs- und Bildungseinrichtungen bei einer Tagung in Hattingen im Dezember heraus. Sie kamen aus Brasilien, Kolumbien, Argentinien, Uruguay, Südafrika, Türkei, Vietnam, Indonesien und Indien. Auf Einladung des Nord-Süd-Netzes im DGB Bildungswerk diskutierten sie über Strategien und Schwerpunkte ihrer Arbeit und die zum Teil sehr unterschiedlichen politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ihren Ländern.

„Wir unterstützen gerade unsere Jugendsekretärin innerhalb der CUT beim Aufbau einer unabhängigen Jugendabteilung“, erklärte José Drummond vom brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT und betonte, wie schwer diese strukturellen Veränderungen innerhalb der Organisation durchzusetzen waren. Auch für die Gewerkschaften in der Türkei hofft Hasan Arslan, Vertreter der türkischen Gewerkschaft Birlisik Metal, durch gezielte

Mobilisierung von Jugendlichen und Frauen weitere Mitglieder zu begeistern. Neue Konzepte sind besonders für die Ansprache von selbständig Beschäftigten gefragt. Namrata Bali, Direktorin der Akademie der Self Employed Women's Association (SEWA), hält ihr Angebot flexibel: „Unsere Bildungsangebote passen sich den Bedürfnissen der im informellen Sektor tätigen Frauen in Indien an, wir bieten Alphabetisierungskurse und Maßnahmen zur Schaffung von Selbstvertrauen genauso an wie Weiterbildungsprogramme über Computer und Marketing“.



Rob Rees führt in Hattingen „Body Mapping“ vor.

Foto: © Debora Tydeckts

Die Kombination aus Forschungs- und Bildungsarbeit hilft dabei oft, Schwerpunktthemen an der Nachfrage zu orientieren. Besonders die Herstellung von Bildungsmaterialien und ihre Bereitstellung auf der jeweiligen Internetseite sind überall unverzichtbar geworden. Verónica Noema de Leon von der uruguayischen Gewerkschaftsschule Instituto Cuesta Duarte (ICD) berichtete, dass die gezielte Informationsarbeit bis hin zum virtuellen Klassenzimmer gerade für den entlegenen nördlichen Teil ihres Landes eine wichtige integrative Funktion einnimmt.

Im Rahmen von Seminaren sind dynamische Methoden sehr beliebt. Rob Rees, Mitarbeiter in der südafrikanischen Forschungseinrichtung National Labour & Economic Development Institute (NALEDI), zeigte sich als begeisterter Verfechter partizipativer Methoden. Im Themenfeld Arbeits- und Gesundheitsschutz macht seine Organisation Gebrauch vom „Body Mapping“-Ansatz: „Die Teilnehmer identifizieren konkret anhand einer Körperskizze ihre physischen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sowie die zugehörigen Ursachen“, berichtete Rees: „Diese Methode liefert nicht nur Forschungsergebnisse, sondern involviert die Teilnehmer in die Analyse ihrer Arbeitsprozesse und konfrontiert sie mit lösungsorientierten Maßnahmen“. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist in der Krise besonders gefordert – je kreativer, desto besser.

Susanne Hermen

 ... ist Öffentlichkeitsreferentin im Nord-Süd-Netz.

Gewerkschafter für Haiti

Nach dem Erdbeben in Haiti sind Gewerkschafter in aller Welt an der Hilfe für den Wiederaufbau beteiligt. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft zu Spenden auf.

Seeleute stehen beim humanitären Einsatz für Haiti an vorderster Front. Darauf weist die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) hin, zu der auch die bei ver.di organisierten Seeleute gehören. Mehr als ein Dutzend US-amerikanische Schiffe mit gewerkschaftlich organisierten Besatzungen nehmen an der Operation „Unified Response“ teil, darunter ein Krankenhausschiff, heißt es in einer Pressemitteilung der ITF.

Auch Seeleute aus den britischen Mitgliedsorganisationen der ITF unterstützten die Hilfsmaßnahmen. „Seeleute sind oft aus den Augen und aus dem Sinn“, so Jon Whitlow, Sekretär der ITF-Seeleutesektion. Doch „bei Katastrophen ist ihr Einsatz unentbehrlich, da die Ladekapazität von

Schiffen so groß ist, dass sie in solchen Situationen schnell helfen können“. ITF-Generalsekretär David Cockroft rief die Gewerkschaften auf, den Hilfsfonds des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB zu unterstützen. Beim Erdbeben in Haiti ist auch das Gebäude des nationalen Netzwerks gewerkschaftlich organisierter Frauen (RENAFAM) eingestürzt. Seine Koordinatorin Gina Georges war 20 Stunden lang verschüttet; weitere Kolleginnen wurden schwer verletzt. Damit ihre Einrichtung wieder zum Ausbildungs- und Bürozentrum aufgebaut werden kann, schickt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Spenden von Gewerkschaftsmitgliedern nach Haiti. Das Frauenzentrum war eine Anlaufstelle für Frauen aus den Armenvierteln in Port-au-Prince. Es soll wieder Informationsveranstaltungen zu den Rechten der Frauen sowie zur Aids-Prävention und Familienvorsorge anbieten. Auch die Berufsschule für junge Frauen, die ein Handwerk lernen, soll möglichst schnell wieder funktionsfähig werden.



Krankenhausschiff USNS Comfort

Foto: © Radio Rover, cc. 2.0

Der DGB sammelt Spenden unter dem Stichwort „Erdbeben“ auf dem Spendenkonto „Gewerkschaften helfen“ bei der SEB Düsseldorf, Konto-Nr.: 1 756 906 400.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ruft zur Unterstützung der haitianischen Lehrergewerkschaft Confédération National des Enseignants d'Haiti (CNEH) auf und bittet um Überweisung der Spenden unter dem Stichwort „Erdbebenhilfe Haiti“ an den Heinrich-Rodenstein Fonds, Konto-Nr.: 1 707 274 700 bei der SEB AG Frankfurt a. M.



Länderheft Türkei

Aktualisiert und neu aufgelegt hat das DGB Bildungswerk das Länderheft über die Türkei in Zusammenarbeit mit der IG Metall. Im ersten Kapitel geht es um die Menschen, die aus der Türkei nach Deutschland eingewandert sind und auch in der IG Metall eine wichtige Rolle spielen. In weiteren Kapiteln wird auf die Entwicklung der Politik und der Industrialisierung in der Türkei eingegangen und der gegenwärtige Stand der Beziehungen zur Europäischen Union beurteilt.



Die Geschichte und die noch immer begrenzten Möglichkeiten der Gewerkschaften werden ausführlich behandelt und Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Kooperationen gesucht. Das Heft erschien unter dem Titel „Länderprofil Türkei: Tradition und Wandel“ zum ersten Mal 2005 und wurde für die Neuauflage Ende 2009 vollständig überarbeitet.

Entwicklungsziele

Welche Rolle spielen internationale Konzepte wie die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und Decent Work für Gewerkschaften? Zu dieser Fragestellung veranstalten das Global Policy Forum und das DGB-Bildungswerk am 15. April 2010 einen Strategie- und Informationsworkshop „MDGs und menschenwürdige Arbeit in der Krise: Perspektiven und Strategien“ im DGB Bildungswerk Düsseldorf. In Folge des UN-Gipfels 2005 wurde das Ziel der menschenwürdigen Arbeit in den Katalog der MDGs aufgenommen. Der Workshop soll, auch vor dem Hintergrund des bevorstehenden Arbeitsministertreffens der G20, einen Austausch über die Bedeutung und die

Konsequenzen dieser Erweiterung für die Gewerkschaften ermöglichen.



Informationen und Anmeldung: europe@globalpolicy.org

Global Labour Kurs

Am 1. April beginnt ein neuer Kurs über Gewerkschaftspolitik und Globalisierung an der Universität Kassel und der Berliner School of Economics and Law. Beide Institute gehören zur Global Labour University, die in Kooperation mit InWent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) zu dem Programm einlädt. Der Diplomkurs richtet sich an internationale Gewerkschaftsaktivisten, die sich kein ganzes Jahr für einen Masterstudiengang frei nehmen können. Er besteht aus einem theoretischen Teil von dreieinhalb Monaten sowie zwei Monaten Praktikum. Arbeitssprache ist Englisch. Das Programm enthält Einheiten über globale Lohnpolitik, Finanzen und Handel, Beteiligung an globaler Regierung und Entwicklungsökonomie.



Weitere Informationen:

www.global-labour-university.org/216.html

Mehr schlechte Arbeit

So genannte prekäre Beschäftigung, die unter unakzeptablen Bedingungen getan und schlecht abgesichert wird, steigt weltweit an. Das ist das Ergebnis einer Studie des Internationalen Gewerkschaftsverbands für Chemie und Energie (ICEM) und der Internationalen Metallarbeiterföderation (IMF) zu diesem Thema. Die Herausgeber der Studie führen diesen Anstieg auf die ökonomische Krise zurück, die in den meisten Ländern im Verlauf des Jahres 2009 Entlassungen mit sich gebracht habe. Viele Unternehmen seien dabei, Neuanstellungen nur befristet oder mit Zeitarbeitern vorzunehmen. Zwei Drittel der Mitgliedsgewerkschaften von IMF und ICEM berichteten in ihrer Antwort auf die Befragung, dass sich die Einkommensschere zwischen fest Angestellten und per Kontrakt Beschäftigten im Gefolge der globalen Krise in den letzten Jahren vergrößert habe.



Link zu den Ergebnissen der Studie: www.icem.org

Rechenfehler

In der Spitzenmeldung der Rubrik „Notiert“ in den „Nord Süd news“ Nr. IV/2009 ist in der gedruckten Ausgabe ein Fehler stehen geblieben: Dass die „Nord Süd news“ nach Meinung von Leserinnen und Lesern bleiben sollen, wie sie

sind, sei das Ergebnis der Auswertung von 51 Fragebogen, heißt es da. Tatsächlich wurden nur 41 Fragebogen zurückgeschickt. In der Internet-Ausgabe konnte der Fehler berichtigt werden, für die Druckausgabe war es bereits zu spät.

Termine

15.04.2010

Workshop „MDGs und menschenwürdige Arbeit“
| DGB Bildungswerk Düsseldorf

16.–18.04.2010

„Interkulturelle Kompetenz“
für entwicklungspolitische und internationale Bildungsarbeit
| DGB Tagungszentrum Hattingen

25.–30.04.2010

Multis, Markt und Dritte Welt:
Von der globalen Krise zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung? (mit Exkursion in den Hamburger Hafen)
| DGB Tagungszentrum Hamburg

11.–13.06.2010

Methoden für globales und interkulturelles Lernen
| DGB Tagungszentrum Hattingen

13.–18.06.2010

Fußballfieber am Kap: Südafrika zwischen Weltmeisterschaft, Wirtschaftskrise und sozialer Spaltung
| DGB Tagungszentrum Starnberger See

Anmeldung und Informationen:

www.nord-sued-netz.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrith Thomsen
Satz: Achim Konopatcki
Druck: Setzkasten Düsseldorf
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11